



An die Parteivorsitzenden der SPD
Frau Saskia Esken
Herrn Norbert Walter-Borjans

- Per E-Mail -

Berlin, 23. Juni 2020

Offener Brief: Umbau der Tierhaltung einleiten – Kastenstandhaltung von Sauen beenden

Sehr geehrte Frau Esken,
sehr geehrter Herr Walter-Borjans,

wir, die unterzeichnenden Organisationen, möchten uns in einer dringenden Angelegenheit an Sie wenden. Gegenwärtig werden die meisten der rund zwei Millionen Sauen in Deutschland für fast die Hälfte ihres Lebens in sogenannten Kastenständen fixiert. Diese Haltung von Zuchtsauen in körperengen Metallkäfigen steht wie keine andere Haltungsform für ein gesetzeswidriges, veraltetes und tierquälerisches System der industriellen Intensivtierhaltung, das nur auf Stückzahl und Profit ausgerichtet ist. Die Auswüchse dieses Billigfleisch-Systems erleben wir gerade im Zuge der massiven Corona-Infektionen in Schlachtfabriken.

Die Corona-Krise wirkt wie ein Brennglas auf das System Billigfleisch. Unlängst hat der Deutsche Ethikrat die Bundesregierung und Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner für den Umgang mit Nutztieren gerügt und die Haltung von Sauen in Kastenständen als nicht hinnehmbar kritisiert. Wir begrüßen es daher, dass die Große Koalition im Rahmen der Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung unter Vorsitz von Bundesminister a.D. Jochen Borchert noch vor der Sommerpause einen Antrag zum Umbau der Tierhaltung vorlegen möchte. Tierschutz, Umweltschutz und nicht zuletzt die landwirtschaftlichen Tierhalterinnen und Tierhalter brauchen schnell politische Entscheidungen, die eine langfristig verlässliche Perspektive und Planungssicherheit für die erforderliche Transformation schaffen.

Hierbei rückt die aktuelle Debatte um den Kastenstand in den Fokus: Der vorliegende Verordnungsentwurf des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BR-Drs. 587/19) und auch der durch die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ausgehandelte sogenannte Kompromiss (BR-Drs. 302/20) wollen den Kastenstand für weitere Jahrzehnte zementieren und damit mitnichten einen Umbau der Tierhaltung einleiten. Sie

ignorieren damit nicht nur die aktuellen Entwicklungen, sondern sogar die höchstrichterlich bestätigte Mindestanforderung an die Haltung von Sauen, dass sie ihren Kopf und in Seitenlage ihre Gliedmaßen ungehindert ausstrecken können müssen. Diese seit 1992 geltende Vorgabe hat das sogenannte „Magdeburger Urteil“ (3 L 386/14)¹ sowie das Bundesverwaltungsgericht am 8. November 2016 (3 B 11/16)² bestätigt. Trotzdem wurden bis heute rechtswidrige Kastenstände flächendeckend toleriert und neu genehmigt. Der verordnete Übergang wurde faktisch nie vollzogen und beträgt bis zum heutigen Zeitpunkt bereits 32 Jahre. Mit dem jetzigen Versuch, eine weitere Übergangsfrist von bis zu zehn Jahren einzuführen, würde die Umsetzungsfrist auf insgesamt 42 Jahre verlängert. Dies führt nicht nur die Definition einer Übergangsfrist ad absurdum, sondern verstößt auch gegen das Tierschutzgesetz sowie gegen die Staatszielbestimmung Tierschutz im Grundgesetz, wie bereits mehrere juristische Gutachten darlegen.³ Bereits seit 2006 führt der Nationale Bewertungsrahmen des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V. (KTBL) aus, dass Sauen in Kastenständen in nahezu allen ihren arteigenen Verhaltensweisen stark eingeschränkt sind.⁴

Auch für das Land Berlin stehen zentrale rechtliche Anforderungen an die Schweinehaltung in Deutschland nicht im Einklang mit der Verfassung. Daher hat es im Januar 2019 einen Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Ein Urteil wird im kommenden Jahr erwartet. Es ist davon auszugehen, dass nach dem Urteil die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutzV) von Grund auf überarbeitet und die Schweinehaltung in Deutschland neu geregelt werden muss.

Die SPD hat sich bereits deutlich für eine landwirtschaftliche Tierhaltung ausgesprochen, die sich an Tier-, Natur- und Klimaschutz, den Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Wahrung sozialer Standards orientiert. Im Jahr 2002 hat auch die SPD dafür gesorgt, dass der Tierschutz im Grundgesetz verankert wurde. Auch angesichts der Klima- und Corona-Krise ist es unabdingbar, dass die Politik Verantwortung übernimmt und die Weichen für eine nachhaltigere und artgemäße Tierhaltung stellt.

Sehr geehrte Frau Esken, sehr geehrter Herr Walter-Borjans,

im Namen der Bürgerinnen und Bürger, die sich laut einer repräsentativen Umfrage⁵ mehrheitlich und über Parteigrenzen hinweg höhere Tierschutzstandards und eine Abschaffung des Kastenstands wünschen, appellieren wir an Sie, die Gestaltungsmöglichkeiten der SPD auf Bundes- und Landesebene dahingehend zu nutzen und für eine tierschutzgerechte und verfassungskonforme Haltung von Sauen einzutreten.

¹ OVG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 24.11.2015 - 3 L 386/14. Online abrufbar unter URL:

<https://www.landesrecht.sachsenanhalt.de/bsst/document/JURE160003592>

² BVerwG, Beschluss vom 08.11.2016 - 3 B 11.16. Online abrufbar unter URL: <https://www.bverwg.de/081116B3B11.16.0>

³ Deutsche Juristische Gesellschaft für Tierschutzrecht e. V. (2020): „Stellungnahme der Deutschen Juristischen Gesellschaft für Tierschutzrecht e. V. (DJGT) zur Rechtswidrigkeit der Kastenstandhaltung von Sauen, dem Erfordernis des unaufschiebbaren Ausstiegs aus der Kastenstandhaltung und zu dementsprechenden Forderungen der Exekutivorgane der Landkreise und Länder“. Online abrufbar unter URL: <https://tinyurl.com/yaoolzjc>, Bruhn, Davina (2019): „Kurzexpertise zum Referentenentwurf der Siebten Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung“, erstellt im Auftrag von VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz. Online abrufbar unter URL: <https://tinyurl.com/yy4vs3uk>.

⁴ Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (2006): Nationaler Bewertungsrahmen Tierhaltungsverfahren. Online abrufbar unter URL: <https://tinyurl.com/yaokro5z>.

⁵ Curth & Roth, im Auftrag von VIER PFOTEN, 2020. [Onlinestudie zur Kastenstandhaltung](#)

Dies ist auch im Sinne der knapp 500.000 Bürgerinnen und Bürger, die sich im Rahmen der erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative END THE CAGE AGE allein in Deutschland für ein Ende der Käfighaltung in der Landwirtschaft ausgesprochen haben. Leisten Sie einen konkreten Beitrag zur Umstellung der Nutztierhaltung in Deutschland und beenden Sie die Haltung von Sauen in Kastenständen.

Anliegend zu diesem Brief übersenden wir Ihnen ein Konzept für das Ende der Kastenstandhaltung in Deutschland, welches zwölf Tierschutzorganisationen gemeinsam erarbeitet haben. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Formulierung, dass Sauen „ihre Gliedmaßen in Seitenlage ungehindert ausstrecken“ können müssen, unter keinen Umständen gestrichen werden darf. Das Magdeburger Urteil muss sofort umgesetzt werden. Für die Abschaffung des Kastenstands im Deckbereich sind maximal zwei Jahre, für den Abferkelbereich maximal fünf Jahre Übergangsfrist angemessen, um einen verfassungskonformen Zustand der Gruppenhaltung bzw. freier Abferkelbuchten herzustellen. Aus Sicht des Tierschutzes kann es keinen akzeptablen Kompromiss geben, der lediglich Fixierungszeiten verkürzt und Kastenstandsbreiten anpasst. Der Kastenstand ist ein veraltetes, disfunktionales Haltungssystem, das schnellstmöglich verboten und nicht künstlich am Leben gehalten werden darf. Wir brauchen nicht nur eine Agrarwende, wir brauchen auch eine Tierschutzwende. Wir hoffen, dass die Zuchtsauen in Deutschland auf Ihre Unterstützung zählen können.

Mit freundlichen Grüßen im Namen aller zeichnenden Organisationen

Rüdiger Jürgensen



Geschäftsführer Deutschland
VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz

Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt

Bundesverband Tierschutz e.V.

Bund gegen Missbrauch der Tiere e.V.

Compassion in World Farming

Deutscher Tierschutzbund e.V.

PROVIEH e.V.

VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz